Zeitschrift: Vom Jura zum Schwarzwald : Blätter für Heimatkunde und Heimatschutz

Herausgeber: Fricktalisch-Badische Vereinigung für Heimatkunde

Band: 89 (2015)

Artikel: Stadt unterm Hakenkreuz: Säckingen 1933-1945

Autor: Müller, Peter C.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-747221

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stadt unterm Hakenkreuz: Säckingen 1933–1945

Peter Ch. Müller

Abb. 1
Gesamtansicht der Stadt Säckingen in den 1930er-Jahren.

Einleitung

Das Wesen der nationalsozialistischen Diktatur, die Machteroberung durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die Machtstrukturen und der Alltag zwischen 1933 und 1945 lassen sich am Beispiel einer Kleinstadt am Rande des Reiches anschaulich darstellen. Säckingen zählte damals etwa 6500 Einwohner und war Sitz mehrerer Behörden: Kreisverwaltung, Amtsgericht, Finanzamt, Zollamt, Arbeitsamt und Notariat. Schulen gab es sechs: Volksschule (seit März 1933 Hindenburgschule, jetzt Anton-Leo-Schule), Scheffelschule – Oberschule für Jungen (heutiges Scheffel-Gymnasium), Gewerbeschule, Handelsschule, Höhere Handelsschule und Landwirtschaftliche Schule. Unter den elf Industrieunternehmen gab es keine Rüstungsbetriebe. Üppig mit Personal ausgestattet war die Kreisleitung der NSDAP. Sie war eine überwachende Institution mit 30 Ämtern, darunter für Erzieher, Technik, Kommunalpolitik, Rassenpolitik, Handel und Gesundheit. Der Kreisleiter der NSDAP galt als höchster Repräsentant des Regimes im Kreisgebiet.

Die schwierigste Herausforderung bei der Recherche über jene Zeit war der Mangel an amtlichen Dokumenten und Bildern. Diese wurden am 21. April 1945 von den Angehörigen der Säckinger Hitlerjugend an der Rheinböschung verbrannt, was die Schweizer Grenzsoldaten sehen konnten, die im Zollhaus Stein ihren Beobachtungsposten hatten.[1] Ähnliche Szenen spielten

sich in den anderen badischen Grenzorten ab. Die Lücken im Archivmaterial liessen sich teilweise schliessen dank privaten Leihgaben für die Ausstellung «Stadt unterm Hakenkreuz: Säckingen 1933–1945», die im Sommer 2014 im Haus Fischerzunft in Bad Säckingen präsentiert worden war. Die Unterstützung durch die Bad Säckinger Bürger fiel grandios aus. So konnten die Ausstellungsmacher auf vielfältiges Material zurückgreifen. Dieser Artikel ist eine Bilanz jener Ausstellung, erweitert um jahrelange Recherchen zum Thema Nationalsozialismus.

Abb. 2
Das Säckinger Rathaus in der Hand der NSDAP 1933.

Die Machteroberung

Am 30. Januar 1933 hatte der 86-jährige Reichspräsident Paul von Hindenburg den 44-jährigen Adolf Hitler zum Reichskanzler bestellt. Und in nur wenigen Monaten gelang es der NSDAP, alle Schaltstellen in der Verwaltung zu übernehmen. Die Partei verlangte von Verbänden, Organisationen, Parteien und Bürgern eine bedingungslose Ausrichtung auf die Ziele des Nationalsozialismus. Diese vorbehaltlose Forderung der NSDAP fiel auf fruchtbaren Boden. Die Menschen wollten nicht mehr die instabilen und kurzlebigen Regierungen sowie die Massenarbeitslosigkeit dulden. Nun kam jemand an die Macht, den die massive Propaganda als Heilsbringer dargestellt hatte, und die Deutschen liessen sich verführen. Auch das konservativ-katholische Säckingen erlag der Propaganda. Bereits am 30. Januar 1933 wurden am Rathaus und an anderen Stellen die Hakenkreuzfahnen, ein Symbol der Nationalsozialisten, gehisst. Der Boden war gut bereitet; seit 1923 existierte hier eine NSDAP-Ortsgruppe, eine der ältesten in Baden. Gegründet hatte sie ein Schweizer namens Oskar Hüssy.[2] Der Sohn des Textilfabrikanten Rudolf Hüssy kam 1903 in Säckingen auf die Welt und blieb bis 1934 Schweizer Staatsangehöriger. Nach dem Jurastudium in Lausanne, Bern, München und Basel (1921–1928) und dem Militärdienst in der Schweiz (1924) fungierte er als leitender Angestellter der Baumwollweberei Hüssy & Künzli in Murg (1929–1935). Von 1923 bis 1927 leitete Oskar Hüssy die Säckinger Ortsgruppe der NSDAP. Von 1938 bis 1945 war er Oberbürgermeister in Karlsruhe und Gauleiter für Kommunalpolitik.

Durch die Parolen aus Berlin beflügelt, störten und terrorisierten die Nationalsozialisten im Kreis Säckingen die Versammlungen anderer Parteien. Trotzdem wollte die der katholischen Kirche verbundene Zentrumspartei die Demonstration der Sozialdemokraten (SPD) und der Kommunisten gegen die NSDAP am 11. Februar 1933 in Säckingen nicht unterstützen.[3] Ihre Macht baute die NSDAP kontinuierlich aus, obwohl sie in Säckin-

Abb. 3
Dr. Maximilian Uttenthaler (Jg. 1891), von 1933 bis 1937 Bürgermeister der Stadt Säckingen.

gen bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 weniger Stimmen (30 Prozent) erhielt als die Zentrumspartei (44 Prozent). Die Sozialdemokraten kamen nur noch auf 12 Prozent. Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl richtete sich die Sitzverteilung im Gemeinderat: vier Zentrumsmitglieder, ein SPD-Vertreter und drei NSDAP-Leute.[4] Die Überlegenheit der Nationalsozialisten sicherte das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» (Ermächtigungsgesetz), das am 23. März vom Reichstag verabschiedet wurde. Somit konnte die Reichsregierung ohne Rücksicht auf das Parlament Gesetze beschliessen.

Auch der Säckinger Gemeinderat kam unter Druck. Am 31. März 1933 leitete erstmals der kommissarische Beigeordnete Max Uttenthaler die Sitzung des Gemeinderats. Bürgermeister Josef Trunzer, schikaniert von den Nationalsozialisten, war krank. Uttenthaler (Jg. 1891) stammte aus Vilshofen/Niederbayern, studierte Volkswirtschaft und nahm am Ersten Weltkrieg (1914–1918) teil. Von 1921 bis 1933 war er als leitender Angestellter in der Privatwirtschaft tätig, zuletzt als Prokurist der Rex-Konservenglas GmbH in Öflingen. Ihm gelang es in wenigen Wochen, den demokratisch gewählten Bürgermeister Josef Trunzer zu verdrängen. Seinen ersten Auftritt vor den Gemeinderäten nutzte Uttenthaler, um dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, dem Reichskanzler Adolf Hitler und dem Gauleiter von Baden (höchster Repräsentant des Regimes im Land) Robert Wagner das Ehrenbürgerrecht der Stadt Säckingen zu verleihen. Dies beschloss der Gemeinderat einstimmig. Anschliessend wurden mehrere Strassen und Anlagen im Sinne der Nationalsozialisten umbenannt. Die Volksschule (heute Anton-Leo-Schule) erhielt den Namen Hindenburgschule, der Anlage an der Schule gab man den Namen Hindenburganlage. Der Ballypark am Scheffel-Gymnasium wurde zum Adolf-Hitler-Park umbenannt, die Untere Flüh in Robert-Wagner-Strasse. Ein wenig später bekam die Friedrichstrasse den Namen Adolf-Hitler-Strasse.[5]

Ihre Rücksichtslosigkeit trug die NSDAP zur Schau, wo es nur ging. Aber einmal musste sie in Säckingen einen Rückzieher machen, als am 1. April 1933, ab 10 Uhr, in ganz Deutschland ein Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte stattfand. Organisiert haben ihn die NSDAP und das Reichspropagandaministerium. Über die Situation in Säckingen – hier lebten damals nur sechs Juden – meldete am 31. März die Zeitung «Hochrheinisches Volksblatt»: *Wie wir erfahren, wird sich der Boykott der Nationalsozialisten am morgigen Samstag nicht auf die hiesige Firma Pikard [Ecke Steinbrückstrasse/Rheinbadstrasse]*

ausdehnen. Die grosse Liebestätigkeit der genannten Firma gegen notleidende Volksgenossen und die ansehnlichen Spenden zusammen mit dem untadeligen Geschäftsgebaren werden auch von den Nationalsozialisten anerkannt. Simon Pikard gelang später, vermutlich im Jahr 1938, die Flucht in die Schweiz.

Das Streben der NSDAP nach der absoluten Herrschaft ging weiter, und leider effizient weiter. Nun sollten die demokratischen Gemeinderäte ausgeschaltet werden. Das südbadische NS-Blatt «Der Alemanne» attackierte im April 1933 den Rechtsanwalt Anton Wernet und Dr. Hermann Stratz, Herausgeber der Zeitung «Hochrheinisches Volksblatt». Beide wurden als *Zentrumsleute, die für Säckingen untragbar sind,* verschmäht, weil die Genannten jegliche Zusammenarbeit mit der NSDAP ablehnten.[6] Ähnlich verhielten sich die Sozialdemokraten. So beschloss die örtliche SPD am 13. Mai: *Der angedrohten Gewalt folgend, verzichten die sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bürgerausschussmitglieder auf weitere Zusammenarbeit mit der NSDAP.* Anton Wernet, der zugleich als Vorsitzender der Säckinger Zentrumspartei fungierte, erklärte am 14. Juli die Auflösung der Ortsgruppe.

Die NSDAP übernahm in Deutschland aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 die Rolle der Staatspartei; andere Parteien wurden verboten.[7] Nun konnte Maximilian Uttenthaler sein Ziel erreichen, indem er gegen den demokratisch gewählten Bürgermeister Josef Trunzer, Mitglied der Zentrumspartei, agierte. Trunzer (Jg. 1870) wurde erstmals 1904 zum Bürgermeister gewählt. Sein Amt übte er sanft, sachlich und diplomatisch aus. Trunzer wollte weder der NSDAP beitreten noch mit ihr zusammenarbeiten. Den Intrigen der Nationalsozialisten ausgesetzt, erkrankte Trunzer, was der kommissarische Beigeordnete Uttenthaler als Vorwand für die Amtsenthebung benutzte. Heuchlerisch sorgte er sich um Trunzers Wohlbefinden, indem er am 11. April dem gesundheitlich Angeschlagenen schrieb: *Ich weiss auch nicht, inwieweit vor allem Ihr Gesundheitszustand gerade unter den heutigen Verhältnissen die doppelt starke Belastung aus der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte verträgt.*[8] Für Trunzer erwies sich sein 21 Jahre jüngerer politischer Gegner als zu mächtig. Am 2. Mai übertrug das Innenministerium die Amtsgeschäfte auf Uttenthaler. Die Amtseinführung fand am 8. Mai statt. Sie war eine Inszenierung mit Fackelzug und 2000 Teilnehmern. Am 1. Oktober 1933 wurde Trunzer in den Ruhestand versetzt. Uttenthaler musste bereits am 1. August 1937 zurücktreten, wegen Unterschlagung im Amt. Für die Öffentlichkeit galt eine *krankheitsbedingte Beurlaubung* als Grund für das freiwillige Ausscheiden.[9] In der Zeit vom 1. August 1937 bis zum 31. März 1938 führte der Erste Beigeordnete Ernst Griesser die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters.

Inzwischen übernahm die NSDAP die totale Kontrolle über die kommunalen Verwaltungen. Die gesetzliche Grundlage dafür lieferte die «Deutsche Gemeindeordnung» vom 30. Januar 1935. Sie wurde als ein «Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates» eingestuft. Die Beauftragten der NSDAP überwachten die Tätigkeiten der Gemeinden. In Säckingen waren es die Kreisleiter der NSDAP. Bewerber für die Stellen der Bürgermeister und ihrer Stellvertreter mussten von der Partei zugelassen werden. Der Paragraph 51 der Gemeindeordnung besagte: *Der Beauftragte der NSDAP beruft im Benehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte. Bei der Berufung hat er auf nationale Zuverlässigkeit, Eignung*

und Leumund zu achten und Persönlichkeiten zu berücksichtigen, deren Wirkungskreis der Gemeinde ihre besondere Eigenart oder Bedeutung gibt oder das gemeindliche Leben wesentlich beeinflusst.[10]

Partei gegen Kirche: Das Fridolinsfest in Säckingen während der NS-Zeit

So wie die NSDAP die öffentlichen Einrichtungen ihrer Kontrolle unterwarf, wollte sie auch die Kirche für ihre Ziele einspannen. Dies lässt sich am Beispiel des Säckinger Fridolinsfestes (1347 erstmals urkundlich erwähnt) veranschaulichen. Seit Frühjahr 1933 griffen die Nationalsozialisten das Katholische Stadtpfarramt Säckingen und das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg verbal an. Zugleich führte das Regime eine Kampagne gegen Dr. Hermann Stratz, Herausgeber der Zeitung «Hochrheinisches Volksblatt». Stratz sass für die Zentrumspartei im Säckinger Gemeinderat und vertrat mutig die Anliegen der katholischen Kirche. Am 13. März 1933 schrieb Stratz anlässlich des am Vortag stattgefundenen Fridolinsfestes: *Was so Glaubens- und Herzenssache eines ganzen Volksstammes geworden ist, was Jahrhunderte hindurch Bestand hat, das ist in seinem inneren Wesen unabhängig von den wechselnden Zeitströmungen.*[11] Unter den «wechselnden Zeitströmungen» verstand Stratz den Nationalsozialismus. Denn der Zeitungsverleger glaubte damals noch, wie viele Gegner des Nationalsozialismus, an ein baldiges Ende des Regimes.

Abb. 4
Am 12. März 1934 war die Hitlerjugend erstmals an der Fridolinsprozession beteiligt.

Bis zum Fest im Jahr 1934 bauten die Nationalsozialisten ihre Macht aus und wagten ein radikaleres Vorgehen gegen die katholische Kirche. Den Konflikt nutzte der hiesige Bürgermeister Maximilian Uttenthaler, um sich als treuer Parteigenosse zu profilieren. Die Partei setzte sich gegen die Kirche durch: In die Prozessionsordnung am 12. März 1934 mussten die SS, die SA und die Hitlerjugend (die einzige staatlich geförderte Jugendorganisation) aufgenommen werden.[12] Klare Stellung hat an jenem Tag der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber bezogen. In seiner Predigt erteilte er einer Nationalkirche eine klare Absage: Die Wahrheit, die Christus gebracht habe, *hat er nicht bloss einem Volke, sondern allen Völkern gebracht.*[13]

1935 zettelte das Regime einen totalen Konfrontationskurs an. Am 5. März beschwerte sich Bürgermeister Uttenthaler beim Erzbischof Gröber über *eine starke Beunruhigung in den Geschäftskreisen,* weil angeblich das Stadtpfarramt überlege, die Fridolinsprozession ausfallen zu lassen, unter dem *Vorwand ungerechtfertigter Beschlagnahme des Hochrheinischen Volksblattes vom vergangenen Freitag.*[14] Diese Beschlagnahme löste folgende Aussage in der Zeitung aus: *An diesem heiligen Brauchtum [Fridolinskult]*

wollen wir festhalten, unbekümmert aller Versuche, uns in ein altgermanisches Heidentum zurückzuwerfen.[15] Im selben Brief behauptete Uttenthaler, der Vikar Stephan Gauggel (Oberschwabe, Jg. 1905, von 1931 bis 1935 in Säckingen) verbreite Gerüchte, dass die Abhaltung der Fridolinsprozession 1935 nicht ganz sicher sei. Ebenso am 5. März berichtete Uttenthaler der Kreisleitung der NSDAP über sein Telefonat mit Erzbischof Gröber. Gröber erklärte, *dass er sich nicht unter Druck setzen lasse.* Uttenthaler gewann im Gespräch mit dem Erzbischof den Eindruck, *dass man in gewissen katholischen Kreisen es ganz gerne sehen würde, wenn es um die Fridolinsprozession zu einer Kraftprobe beziehungsweise Machtprobe in der Auseinandersetzung zwischen politisierendem Klerus und den Organen der NSDAP kommen würde.*[16]

Schützenhilfe bekam das «Volksblatt» vom Erzbischöflichen Ordinariat. Generalvikar Rösch beanspruchte am 22. März in einem Brief an das Innenministerium das *Recht der Verteidigung der christlichen Religion.* Seine Ausführungen unterstrich Rösch mit dem Satz: *Wir ersuchen daher, das im Reichskonkordat verbriefte Recht der Glaubensverteidigung nach jeder Richtung zu schützen.*[17] Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, ein Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland, garantierte die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion. Doch die Nichteinhaltung der Verträge war für das NS-Regime typisch, auf diese Weise demonstrierte es seine Überlegenheit. Am 8. April machte das südbadische Presseorgan der NSDAP, «Der Alemanne», Front gegen das Blatt aus dem Hause Stratz: *Die Hetzorgane des ehemaligen Zentrums [darunter Hochrheinisches Volksblatt] haben gerade in letzter Zeit ein unerhörtes Mass von Geduld von uns verlangt. Es möge keiner die Langmut des Staates als Schwäche auslegen!*

Eine weitere Auseinandersetzung löste der Termin für das Fridolinsfest im Jahr 1936 aus – es sollte am 8. März stattfinden. Am gleichen Sonntag war für ganz Deutschland der Heldengedenktag vorgesehen. Das war ein alljährlicher Staatsfeiertag zur Ehrung der im Ersten Weltkrieg (von 1940 an auch im Zweiten Weltkrieg) gefallenen Soldaten sowie der «Helden» der NS-Bewegung. Bürgermeister Uttenthaler verlangte, das Fridolinsfest auf den 15. März zu verlegen. Er schrieb am 23. Februar dem Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Baden, Robert Wagner: *Ich bin mir wohl bewusst, dass in der hier vorliegenden Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat gerade der Staat keine Veranlassung hat, vor der Kirche zurückzuweichen.*[18] Daraufhin

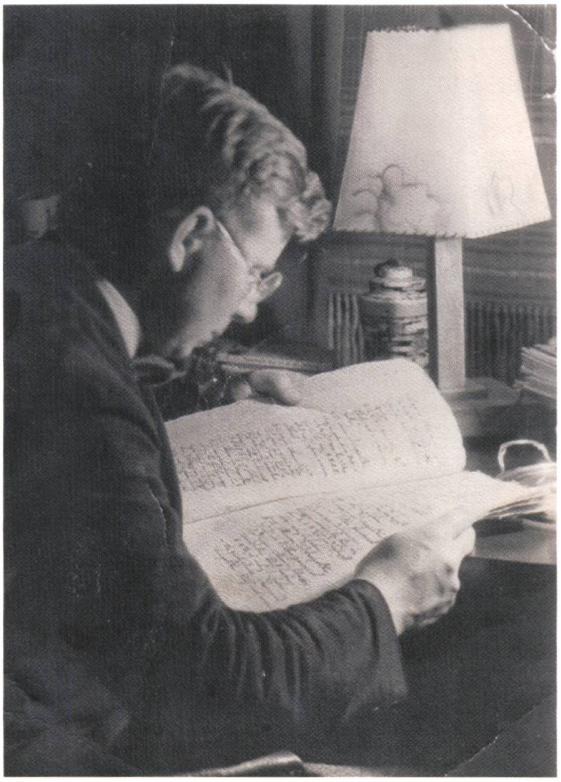


Abb. 5
Dr. Hermann Stratz (Jg. 1903), Herausgeber der Zeitung «Hochrheinisches Volksblatt».

Abb. 6
1.-Mai-Feier 1935
im Park des Scheffel-Realgymnasiums.

intervenierte Wagner beim Erzbischöflichen Ordinariat und erzwang die Verlegung des Fridolinsfestes auf den 15. März. Gegen den mutigen und prinzipientreuen Zeitungsverleger Hermann Stratz, der die Absichten der NSDAP entlarvte, ging das Regime brutal vor.[19] Bereits am 2. März 1933 wurde Stratz in Schutzhaft (zeitlich unbegrenzte Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und ohne Rechtsschutz) genommen. Die nächsten Schutzhaftbefehle erfolgten im März und Mai 1934 sowie im März 1935. Im Jahr 1935 setzte das Regime weitere Repressalien in Gang: Erscheinungsverbot für mehrere Nummern der Zeitung, Verbot der Tätigkeit als Verleger, Ausschluss aus der Reichspressekammer, Verbot für das Weitererscheinen der Zeitung (31. Dezember 1935). Am 26. Juli 1936 starb der in Freiburg inhaftierte, erst 33 Jahre alte Hermann Stratz eines gewaltsamen Todes.

Die Machtvollkommenheit

Nach der Machtübernahme folgten mehrere Anlässe, die von der NSDAP genutzt wurden, um ihre Macht zu demonstrieren. Die Propaganda präsentierte der Öffentlichkeit die Partei als arbeitnehmerfreundlich. Sie funktionierte den 1. Mai als Feiertag der internationalen Arbeiterbewegung, der ins Jahr 1890 zurückreichte, in den «Tag der nationalen Arbeit» um. Der 1. Mai 1933 wurde in Deutschland zum gesetzlichen Staatsfeiertag erhoben. Bereits die Maifeier von 1933 verlief im Sinne der NS-Ideologie. Die Feierlichkeiten dauerten von 6 bis 22 Uhr. Das Programm war opulent und zentral von Berlin vorgegeben.[20] Die Schüler mussten sich auf dem Münsterplatz die Reden des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels sowie des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg anhören, die via Lautsprecher übertragen wurden. An dem Umzug beteiligten sich Betriebe, Vereine und nationalsozialistische Verbände. Danach gab es musikalische Darbietungen und um 20 Uhr die Übertragung der Rede von Adolf Hitler. Sein wahres Gesicht zeigte das Regime am nächsten Tag. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, ihre Funktionäre verhaftet und die Büros von parteitreuen Organisationen besetzt. Am 10. Mai erfolgte die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Sie war eine regimetreue Zwangsvereinigung von Arbeitern, Angestellten und Arbeitnehmern. 1935 wurden die Säckinger Mai-Kundgebungen in den Adolf-Hitler-Park (vorher: Ballypark) verlegt.

Als eine überregionale Bühne für die NS-Propaganda diente in Säckingen der sogenannte Alemannentag am 20. August 1933. Das Rahmenprogramm umfasste einen Festzug, Konzerte, die Festbeleuchtung des Schlosses und der Rheinbrücke. Am Festzug beteiligten sich 33 Gruppen, darunter mehrere gestandene Vereine sowie 13 nationalsozialistische Verbände.[21] Die

Zahl der Besucher wurde auf etwa 6000 geschätzt. Im Mittelpunkt stand die Ansprache des Reichsstatthalters und Gauleiters der NSDAP Robert Wagner (1895–1945). Er sprach unter anderem das Verhältnis zur Schweiz an: *Diese Entwicklung [in Deutschland] wird auch unter den anderen grossen Nationen der arischen Völkerschaften nicht Halt machen. Sie wird nicht Halt machen – das sage ich gerade hier gern und bewusst – an den Grenzen der Schweiz. Diese Bewegung wird sich auch die Schweiz erobern und wird dort den Liberalismus und den Marxismus niederringen.*[22] In der Nordschweiz begann das Misstrauen gegen den Nachbarn im Norden zu wachsen. Auch wenn manche Eidgenossen ihre Bewunderung für die Entwicklung in Deutschland nicht verheimlichten, wurden die kritischen Stimmen lauter. Die Angst vor «Umarmung» oder sogar vor dem «Anschluss» an das «Dritte Reich» war nicht unbegründet.

Das Wesen der Diktatur zeigte sich an der letzten Reichstagswahl, wobei die Deutschen keine Wahl, das heisst keine Alternative zur NSDAP als Staatspartei, hatten. Diese Wahl fand, zusammen mit der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, am 12. November 1933 statt. Der Völkerbund war eine weltweite internationale Staatenorganisation. Gegründet wurde er 1919/20, die Selbstauflösung erfolgte 1946. An seine Stelle traten die Vereinten Nationen (UNO). Am Vorabend der Abstimmungen gab es auf dem Münsterplatz eine Kundgebung. Via Lautsprecher wurde die Rede des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg übertragen. Dann folgten ein Fackelzug und eine Ansprache des Kreisleiters der NSDAP Josef Fitterer. Im Amtsbezirk Säckingen (Vorläufer des gleichnamigen Kreises) wurden 17257 Stimmen abgegeben, davon 15875 zugunsten der NSDAP. Die restlichen 1382 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bejahten im Amtsbezirk Säckingen 16459 der 17375 Wahlberechtigten, 520 sprachen sich dagegen aus, 396 Stimmen wurden für ungültig erklärt. Das «Hochrheinische Volksblatt» kommentierte am 13. November 1933 die Abstimmungsergebnisse: *Dass Säckingen wie auch der ganze Bezirk bei der Wahl gut abgeschnitten hat, kann man mit Genugtuung feststellen. Die wenigen Stimmen, die gegen die Regierung Stellung nahmen, störten auch in unserem Bezirk die geschlossene Front nicht, in der gestern unser Volk seine Entscheidung traf.* Einen Tag später zitierte das «Volksblatt» eine treffende Einschätzung der französischen Zeitung «Petit Parisien»: *Die deutschen Wähler haben einen ungeheuren, beinahe*

Abb. 7
Plakat der Veranstaltung «Alemannentag» in Säckingen am 20. August 1933.

Abb. 8
Jungvolk, Nationalsozialistische Frauenschaft und Bund Deutscher Mädel in Säckingen 1934.

gefährlichen Beweis ihres Vertrauens gegeben.[23]
Die NSDAP verlangte von allen Organisationen, Institutionen, Verbänden und von jedem einzelnen Bürger die Befolgung der Ziele des Regimes. Auch die Vereine mussten sich dafür einsetzen, wie zum Beispiel die Säckinger Stadtmusik (auch Stadtkapelle oder Stadt- und Feuerwehrmusik genannt). Von 1933 an beanspruchte die SA die Kapelle für ihre Anlässe und war gegen die Teilnahme der Musiker an kirchlichen Anlässen. Auf den zunehmenden politischen Druck reagierten die meisten Kapellenmitglieder mit Boykott der Proben. Doch die SA setzte sich durch und erreichte, dass die Stadtkapelle an folgenden Anlässen teilnehmen musste: Neujahr, Hauptversammlung und Schlussprobe der Feuerwehr, Heldengedenktag, Tag der nationalen Arbeit sowie sonstigen nationalen Feiern. Der Führer der Säckinger SA-Standarte Oskar Hiebeler drohte mit *dienstpolizeilichen Massnahmen, falls die Kapelle ihren Dienstverpflichtungen nicht restlos nachkommt.*[24]
Nicht einmal die Erziehung der Kinder oder das Freizeitvergnügen konnten den Eingriffen der Nationalsozialisten entzogen werden. Die 10- bis 17-jährigen Mädchen waren im Bund Deutscher Mädel (BDM) organisiert und bildeten somit einen Teil der Hitlerjugend. Die Mitglieder mussten sich den Zielen der NS-Politik unterwerfen und durch die Teilnahme an Aktionen das Regime unterstützen. Bis zur Erlassung des Gesetzes über die Hitlerjugend im Jahr 1936 gab es keinen Beitrittszwang. Nach der Vorgabe der NSDAP sollten die Mädchen Mütter von «erbgesunden» Kindern werden und diese

zu Nationalsozialisten erziehen. Mädchen, die das hiesige Gymnasium besuchten, wie Hertha Hausin (Jg. 1925), wurden von einer Handarbeitslehrerin im Sport unterrichtet. Sportlich gefördert wurden damals die Jungen, die künftigen Soldaten. Herthas Lieblingsdisziplin war das Schwimmen im Rheinbad oder im Bergsee. Absolut ideologiefrei war das 1933 angelegte Strandbad Bergsee jedoch nicht. Die Betreiber des Bades mussten sich verpflichten, *den Säckinger sporttreibenden Vereinen und Verbänden, sobald dieselben regierungs- und wehrsportpflichtig anerkannt sind, die Benützung der Badeanlage zu gestatten.*[25]

Volljährige waren in der Nationalsozialistischen Frauenschaft (NSF) organisiert. Der NSF führte sämtliche Frauenverbände. 1935 wurde die NSF der NSDAP untergeordnet. Für die Ideologen hiess es: *Die Frau gehört ins Haus.* Aber als während des Krieges männliche Arbeitskräfte fehlten, mussten Frauen zunehmend in die Fabriken gehen.

Die männlichen Mitglieder der Hitlerjugend wurden militärisch getrimmt. Deshalb entstanden nach 1933 Sonderformationen wie zum Beispiel die Marine-, Flieger- oder Motor-HJ. Veranstaltet wurden Wettkämpfe, um Nichtorganisierte für die HJ zu gewinnen. Die Hitlerjugend setzte sich zusammen aus dem Jungvolk (10- bis 14-Jährige), dem Bund Deutscher Mädel und der eigentlichen HJ (15- bis 18-Jährige). Im Jahr 1938 zählte die HJ 8,7 Millionen Mitglieder. Von 1940 an mussten die 10-Jährigen dem Jungvolk oder den Jungmädels beitreten.

Die Missachtung des Willens der Bürger durch das System spiegelte sich bei der Eingemeindung von Obersäckingen wider. Diese politische Gemeinde, das 750-Einwohner-Dorf, wurde am 1. Dezember 1935 aufgelöst. Freiwillig wollten die Obersäckinger ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben. Favorisiert hatte die Eingemeindung der Säckinger Bürgermeister Uttenthaler. Seine Widersacher in Obersäckingen waren der geschäftsführende Bürgermeister Rudolf Schmidt und der Landwirt Marcus Wassmer. Schmidt argumentierte: *Eine Eingemeindung würde gegen die Lebensinteressen der landwirtschaftlichen Bevölkerung verstossen.* Wassmer sammelte Unterschriften gegen die Eingemeindung und wurde dafür vom Säckinger Bezirksamt als Freund der Juden und Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet. Letztendlich setzte sich Uttenthaler durch. Seine Interventionen beim Innenministerium in Karlsruhe gaben den Ausschlag.[26]

Negativ wirkte sich die NS-Politik auf die Durchlässigkeit der deutsch-schweizerischen Grenze aus. Hier zeigten sich typische Merkmale der Diktatur: Abschottung gegen das Ausland und Schikanen an den Grenzübergängen. Auf der deutschen Seite wurden strengere Kontrollen eingeführt, die Grenzgänger wurden übermässig aus-

Abb. 9
Die Säckinger SA-Männer vor der Villa Reimann um 1938.

gefragt, ein barscher und rauer Ton der deutschen Grenzer verdrängte die frühere Korrektheit. Das bekam 1935 die Fricktalisch-Badische Vereinigung für Heimatkunde (gegründet 1925) zu spüren. Die in der Vereinigung tätigen Forscher auf beiden Seiten des Rheins konnten ihr Wissen nicht mehr direkt austauschen. Besonders betroffen davon waren die in Säckingen ansässigen Dr. Fridolin Jehle (Historiker) und Emil Gersbach (1921 zum «Bezirkspfleger der vor- und frühgeschichtlichen Altertümer» ernannt). Gersbach erklärte 1933, er liebe und verehre die Schweiz und ihre staatlichen Institutionen.[27] Die Zahl der badischen Mitglieder der Vereinigung ging stark zurück. Nach dem Krieg schrieb Jehle zurückblickend: *In den letzten Jahren betätigte sich die Vereinigung fast ausschliesslich auf schweizerischem Boden.*[28]

Je länger der Krieg dauerte, desto weniger Menschen durften die Grenze passieren, was negative Folgen für diejenigen Fricktaler hatte, die noch in Säckingen arbeiten durften, zum Beispiel in der Seidenfabrik GmbH, der Färberei Lenz-Sutter oder in der Uhrenfabrik Paul Gärtner. Um die Pendler mit Mittagessen versorgen zu können, mussten für sie die Arbeitgeber Lebensmittelrationen beantragen. Die wöchentliche Ration für Schweizer Arbeitnehmer bestand aus 150 g Fleisch, 20 g Fett und 300 g Brot. Betriebe, die über keine Werkküche verfügten, bekamen Lebensmittelkarten für ihre Pendler. Diese Karten berechtigten zur Verpflegung mit Suppe in einem der Gasthöfe «Scheffelhof», «Schützen», «Schwarzer Walfisch» oder «Trompeter».[29] Die deutschen Behörden beäugten misstrauisch diese Grenzgänger, weil sie sich in ihren Wohnorten dem Einfluss des nationalsozialistischen Regimes entziehen konnten.

In der Zeit der deutschen Erfolge (1939–1941)

Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1. September 1939) steigerte sich in den europäischen Hauptstädten die Nervosität. Doch die diplomatische

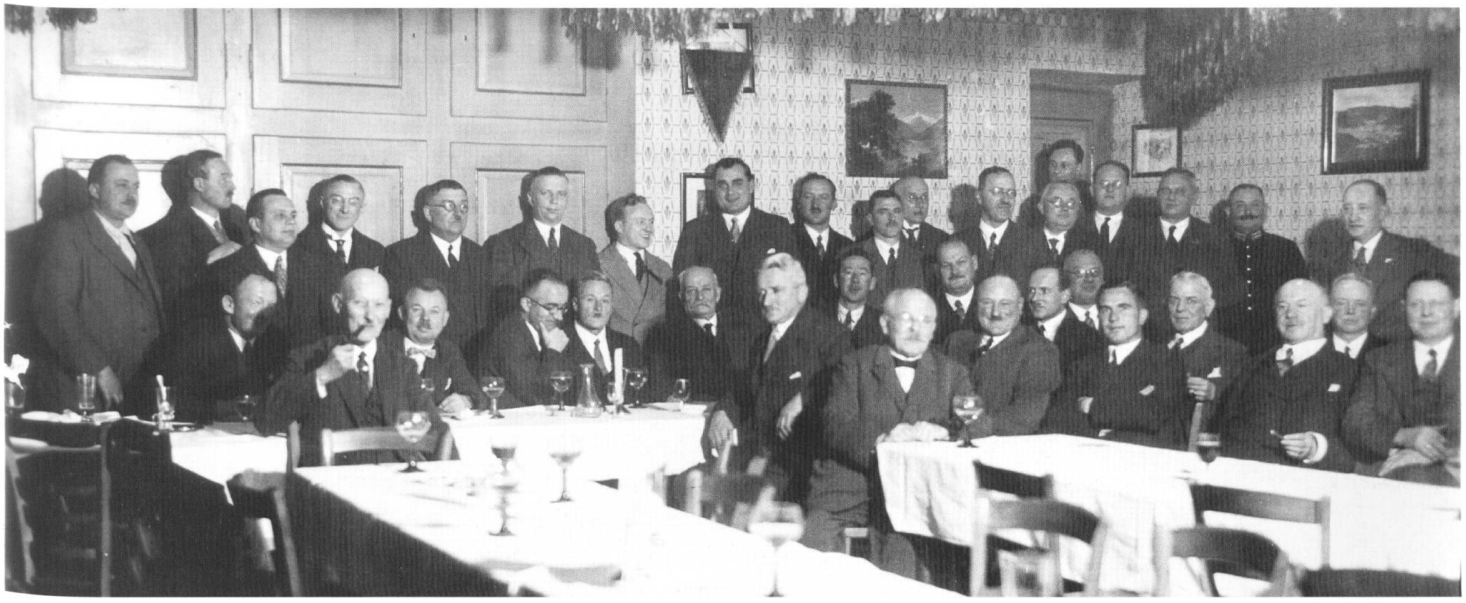


Abb. 10
Sitzung der Fricktalisch-Badischen Vereinigung für Heimatkunde im «Goldenen Knopf» in Säckingen 1933.

Geschäftigkeit, um einen Kompromiss in der Danzig-Frage zu finden, schlug fehl; die mächtigsten Männer in Berlin wollten keine diplomatische Lösung, sondern den Krieg. Das bekräftigte Adolf Hitler, als er am 22. August die Führungselite der deutschen Wehrmacht auf dem Bergdorf bei Berchtesgaden/Bayern versammelte. Am 23. August kam der gegen die osteuropäischen Staaten gerichtete Hitler-Stalin-Pakt zustande. Am 27. August stellte der Schweizer Bundesrat fest: *Die Lage hat sich nicht verschlimmert, aber der Grenzschutz kann innert wenigen Stunden in Stellung sein.*[30] Es wurde beschlossen, am 28. August die Grenztruppen aufzubieten. Dies veranlassten die täglichen Lageberichte des Schweizer Gesandten in Berlin, Hans Frölicher. Am 27. August appellierte Bundespräsident Philipp Etter an seine Landsleute: *Insbesondere bitte ich das Volk, sich von der Gerüchtemacherei fernzuhalten, von überstürzten Wareneinkäufen abzusehen, da alle Vorkehrungen dafür getroffen sind, dass die Lebensmittelversorgung des Volkes und der Güterverkehr sich ruhig und ungestört entwickeln kann.*[31] Am 30. August gab der Bundesrat die Richtlinie für das Verhalten der Schweiz im Falle eines Krieges aus: *Die Schweizerische Eidgenossenschaft bestätigt ihren festen Willen, unter allen Umständen und gegenüber allen Mächten ihre Neutralität zu wahren.*[32] Am 1. September erfolgte die Mobilmachung der Schweizer Armee, zugleich traten diverse Verteidigungsmassnahmen in Kraft: Sperren und Panzerbarrikaden entlang der Grenze sowie Panzerbarrikaden und Ein-

Abb. 11
Panzersperre vor der Brücke in Stein 1939.

schränkungen im Strassenverkehr. Die für die eventuelle Zerstörung vorgesehenen Objekte und Grenzübergänge, darunter die Rheinbrücke Stein–Säckingen, liess man mit Sprengladungen ausrüsten. Ein Beobachtungsposten der Schweizer Grenzkompanie 254 wurde direkt an der Brücke, im Zollhaus in Stein, untergebracht. Den Grenzverkehr schränkte man auf die Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ein. Und obwohl das NS-Regime um strikte Abgrenzung von anderen Staaten bemüht war, liessen sich die Kontakte zur Schweiz nicht abreissen. Deutschland konnte fast ausschliesslich in der Schweiz Gold und Devisen beschaffen oder umtauschen und war auf die Transitwege durch Gotthard und Simplon angewiesen. Für die Schweizer Wirtschaft war Deutschland der wichtigste Abnehmer und der wichtigste Lieferant. Zudem war die Schweiz seit Frankreichs Niederlage im Jahr 1940 von Deutschland und den Ländern seines Einflussbereichs eingekreist.

In Säckingen war keine Hektik zu spüren, hier herrschte noch Behaglichkeit, man wog sich in Sicherheit. Die Säckinger genossen den neueröffneten Schlosspark. Er wurde 1938/39 umgestaltet. Die Hoffnung, Säckingen würde bald den Kurstadt-Status erlangen, machte sich breit. Renoviert und neu ausgestattet wurde das Schloss. Darin liess man eine öffentliche Bücherei und ein Heimatmuseum einrichten, die am 7. Januar 1940 ihrer Bestimmung übergeben wurden.[33] Die Gründung der städtischen Bücherei war ideologisch motiviert. Sie führte den Namen Volksbücherei; ihr Bestand umfasste 1800 Bücher. Am 10. Oktober 1939 informierte Bürgermeister August Kuner den Gemeinderat, *dass nach der Weisung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Benehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht die gemeindlichen Volksbüchereien nicht nur für die Benutzung offen gehalten werden sollen, sondern der Ausbau der Bücherei nach wie vor weitergeht. Diese Einrichtungen sollen als Stützpunkte für den Einsatz von Büchern, die unsere heimische Wehrkraft stärken und über die Absichten unserer Gegner aufklären, eingesetzt werden.*[34] Die Eröffnung des Fest- und Musiksaals im zweiten Obergeschoss fand am 1. Mai 1940 statt. Er diente oft den nationalsozialistischen Verbänden als Veranstaltungsraum. Eine weitere Investition war der Erwerb der Villa Berberich durch die Stadt im April 1939. Die ehemalige Fabrikantenresidenz liess man zur inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses, unter dem Namen Parkkrankenhaus, umfunktionieren. In Betrieb genommen wurde es im September 1941.

Um die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern, wurden bereits vor dem Krieg die alljährlichen Metallspenden verordnet. 1940 organisierte man eine «Metallspende des deutschen Volkes zum Geburtstag des Führers». Erfasst werden mussten alle Gegenstände aus Kupfer, Zinn, Nickel und Blei, die sich in öffentlichen Gebäuden befanden.[35] Sogar die Fridolinsglocke des Säckinger Münsters kam in eine Hamburger Metallgiesserei, konnte aber 1948 unbeschadet zurückgeführt werden. Der Metallspende zum Opfer fielen zwei Säckinger Denkmäler, beide Arbeiten des Münchener Bildhauers Josef Wilhelm Menges (1856–1916): Das Scheffeldenkmal auf dem Münsterplatz und das Kriegerdenkmal auf dem Bahnhofplatz. Die Enthüllung des Kriegerdenkmals fand am 24./25. Oktober 1896 statt. Auf einem 3,5 m hohen unbehauenen Felsen aus Granit stand eine 2,4 m hohe bronzene Figur eines badischen Infanteristen. Am Sockel befand

sich eine Tafel mit den Namen der Säckinger Feldzugteilnehmer des Krieges gegen Frankreich (1870/71). Das dem Dichter Joseph Victor von Scheffel (1826–1886) gewidmete Denkmal wurde 1901 enthüllt. Auf einem Granitsockel stand die Büste des Dichters. Auf den Stufen des Unterbaus befand sich die 1,6 m hohe Figur des Trompeters von Säckingen. Wirkungslos blieb der Versuch der Stadt, den Abbruch des Scheffeldenkmals zu verhindern. Bürgermeister August Kuner schrieb im August 1940 an die Denkmalbehörde: *Der Wert des Denkmals liegt in der Ehrung Scheffels und seiner literarischen Arbeit [Versepos «Der Trompeter von Säckingen»]. Der Name der Stadt Säckingen ist dadurch auch weiteren Kreisen unseres Reichs bekannt.* Die Büste des Dichters durfte in Säckingen bleiben, man liess sie 1942 auf einem Sockel im Schlosspark aufstellen.

Auswirkung der Grenzlage: Die Säckinger Industrie

Im Jahr 1939 zählte man in Säckingen elf Industriebetriebe, vorwiegend Textilunternehmen. Und ausgerechnet 1943, nachdem die Wende im Krieg die Zeit der deutschen militärischen Erfolge beendet hatte, stieg Säckingen zu einem begehrten Industriestandort auf. Ausschlaggebend war die geografische Lage.[36]

Die seit dem Wiener Kongress von 1815 geltende immerwährende Neutralität der Schweiz war für die Sicherheit der Grenzorte am Hochrhein von entscheidender Bedeutung. Die Frontlinien verliefen weit entfernt, einem Luftangriff war Säckingen während des gesamten Krieges nur ein einziges Mal ausgesetzt, am 4. Januar 1945. Allein in Hamburg brachten britische Flugzeuge innerhalb einer Juli-Woche des Jahres 1943 mehr als 30 000 Menschen den Tod. In der Stadt Essen, wo die bedeutendste Waffenschmiede, die Krupp-Werke, ansässig war, wurde infolge der britischen und amerikanischen Luftangriffe mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes zerstört. Mehrere Tausend Essener verloren ihr Leben.

Die Angriffe auf die Industriezentren zwangen die Betriebe zur Verlegung ihrer Standorte. Für die Umsiedlung benötigten die Firmen die Genehmigung der Rüstungsinspektion Oberrhein in Strassburg. Letztendlich liessen sich im Jahr 1943 in Säckingen vier Betriebe nieder: die Maschinenfabrik H. Danger, Hamburg; die Vita Zahnfabrik H. Rauter OHG, Essen; die Chemischen Werke Albert, Wiesbaden, und die Elementa Batteriebau, Berlin. In Hamburg produzierte die Firma Danger Öfen und Apparate zur Herstellung von Gebäck, in Säckingen Bombenabwurfgeräte. Als 1942 die Firma Albert aus Wiesbaden darum bemüht war, ihre pharmazeutische Abteilung nach Säckingen zu verlegen, versprach sie, 2000 Arbeiterinnen beschäftigen zu wollen. Diese Zahl war unrealistisch: Säckingen zählte damals 6500 Einwohner, und an Arbeitskräften mangelte es sowieso. Die Vita Zahnfabrik betrieb 1943 in Säckingen drei Anlagen. Rasch konnte die Elementa Batteriebau den Umzug nach Säckingen erwirken.

Die zugezogenen Betriebe standen vor dem Problem der Wohnungsnot. Sie mieteten frei stehende Wohnungen und Zimmer an. Die Vita Zahnfabrik beanspruchte für ihre aus Essen umgesiedelten Mitarbeiterinnen das Vereinshaus an der Schützenstrasse. In die frei stehenden Räume des Kinderheims St. Fridolin zogen die Lonzona-Mitarbeiterinnen ein. Trotzdem fehlten am Ende des Jahres 1943 noch 105 Wohnungen.

Die hohe Produktivität der deutschen Industrie im Krieg wäre ohne Zwangsarbeit nicht denkbar gewesen. Auch die Säckinger Betriebe beschäftigten Fremdarbeiter. Aber da die einschlägigen Unterlagen im April 1945 vernichtet wurden, lassen sich keine detaillierten Aussagen machen. Eine Schweizer Quelle beschreibt das Schicksal zweier Frauen aus der Ukraine: *Ich arbeitete in Säckingen in einer Fadenfabrik. 12 bis 14 Stunden mussten wir arbeiten. Das Essen war sehr schlecht. Morgens um 6 Uhr bekamen wir 300 g Brot. Um 2 Uhr gab es Suppe, abends ebenfalls Suppe. So gingen wir immer hungrig ins Bett. Geschlagen wurden wir auch oft. Unser Lager [der Firma Lonzona] umfasste 87 Mädchen. Ausgehen durften wir auch nicht. Sonntags erhielten wir, falls die deutsche Wache guter Laune war, für eine Stunde Ausgang. Rund herum war Stacheldrahtverhau, sodass uns die Flucht sehr erschwert war. Sonntag, den 6. August, nahmen wir den Zug nach Grenzach, und von dort aus unternahm ich mit meiner Freundin die Flucht. Wir kamen in Bettingen heraus.* Diese Aussage machte eine Bäuerin aus der Ukraine (Jg. 1924) laut Vernehmungsprotokoll des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements in Basel vom 9. August 1944.[37] In der damaligen Jugendherberge an der Bergseestrasse 41 befanden sich während des Krieges Unterkünfte französischer und polnischer Kriegsgefangener, die für Deutschland arbeiten mussten.

1949 gaben die Albert-Werke ihre Niederlassung in Säckingen auf. Im gleichen Jahr verschwand der Name Elementa Batteriebau. Der umstrukturierte Betrieb arbeitete bis 1953 unter der Bezeichnung Mikrowatt GmbH weiter. Die Maschinenfabrik Danger entwickelte 1949/50 ein Kleinauto namens Libelle 400, das nicht ausreichend Abnehmer finden konnte.

In der Zeit der deutschen Niederlagen (1942–1945)

Am 2. Februar 1943 kapitulierten die deutschen Armeen bei Stalingrad, am 9. September 1943 landeten britisch-amerikanische Divisionen im Golf von Salerno (südlich von Neapel), am 6. Juni 1944 landeten die Alliierten in der Normandie. Somit wurde Deutschland in die Zange genommen. Bereits ab Juni 1943 bombardierten die britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte die deutschen Städte und Industriezentren. Deutschland konnte lange Zeit seine militärischen Operationen wirtschaftlich bewältigen, denn über 7 Millionen Arbeitskräfte aus ganz Europa wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt. Zudem beutete der NS-Staat sonstige Ressourcen der besetzten Länder aus. Dieser Ausbeutung setzte 1944 der Vormarsch der Roten Armee in Richtung Westen ein Ende. Die Wende im Krieg spiegelte sich in der Propagandasprache: «Der Sieg *ist unser*» liess man Ende 1942 durch «Der Sieg *wird unser sein*» ersetzen.

Weil alle Kräfte und Reserven für die Kriegsziele mobilisiert waren, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zunehmend. Die Lokalzeitung «Säckinger Tagblatt und Laufenburger Beobachter» widmete ihre Wirtschaftsnachrichten fast ausschliesslich Themen wie Lebensmittelversorgung, Ernährung, Einsparung von Rohstoffen und Energie. Am 7. September 1942 veröffentlichte das Blatt einen Aufruf des Beauftragten für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Hermann Göring: *Deutsche Hausfrauen! Jede von euch kann durch freiwillige Einschränkung im Strom- und Gasverbrauch einen Beitrag für die Rüstung und damit für unseren Sieg leisten.* Kurz darauf erfolgten in Säckingen Strom-

abschaltungen. Lebensmittel wurden rationiert, wobei man die zugeteilten Mengen nach und nach reduzierte.[38]

Die Erfolge der Alliierten lösten bei der Zivilbevölkerung neue Ängste aus, zumal immer häufiger Nachrichten über gefallene, verwundete und vermisste Männer, Söhne und Brüder eintrafen. Dies spiegelte sich in den Tagebucheintragungen der Säckingerin Marlis Buck (Jg. 1919) wider.[39] Ihr war bange um den Bruder Karl (Jg. 1925), der erst 1949 aus der russischen Gefangenschaft zurückkehren durfte. Marlis' Vater musste am 29. Oktober 1944 zum Volkssturmdienst antreten. Der Ende September 1944 gegründete Volkssturm umfasste die noch nicht eingezogenen Männer zwischen 16 und 60 Jahren. Sie hatten die Aufgabe, den «Heimatboden» zu verteidigen. Dafür waren sie jedoch nicht ausreichend geschult, ihre Ausrüstung mangelhaft. Die Wahrscheinlichkeit von Luftangriffen auf Säckingen stieg Ende 1944 massiv an. Darüber vermerkte Marlis Buck am 30. November 1944: *Wir haben jetzt auch wieder Alarm. Hoffentlich bleiben wir verschont und dürfen [in Säckingen] bleiben.*

Die ersten Luftschutzmassnahmen für den Kriegsfall leiteten die Nationalsozialisten kurz nach der Machtergreifung ein: Im April 1933 wurde der Reichsluftschutzbund (RLB) gegründet. Er bildete Luftwarte aus, die für Fliegeralarm, Verdunkelung, Erste Hilfe oder die Errichtung der Luftschutzräume zuständig waren. Ein Gesetz vom 26. Mai 1935 definierte den Luftschutz als Dienstpflicht für alle Deutschen. Als örtliche Luftschutzleiter fungierten die Bürgermeister. Auch die Säckinger waren angehalten, für die Verdunkelung ihrer Häuser zu sorgen. *Der Feind wirft seine Bomben dort ab, wo er einen Lichtschein bemerkt* – hiess es in einem Rundschreiben an die Gemeinden. Noch im gleichen Jahr (1936) fanden Verdunkelungsübungen statt. Die Organisation des Säckinger Luftschutzes begann mit der Einteilung der Stadt in 13 Streifenbezirke. Den Streifen oblag es, die Einhaltung der Luftschutzmassnahmen zu kontrollieren. Die Berichte der Luftwarte belegen, dass diese Männer eifrig alle Versäumnisse meldeten und die Bestrafung jener forderten, die die Vorschriften missachteten. Fahrzeuge mussten in den Ortschaften unbeleuchtet fahren.[40] Im Dezember 1939 hatte man angeordnet, dass bei Dunkelheit kein Gottesdienst stattfinden durfte, und nur der Bürgermeister war befugt, Ausnahmen zu erlauben. Von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens mussten sämtliche Kirchenglocken schweigen. Nur bei Grossfeuer oder Naturkatastrophen durfte das Glockengeläut als Alarmsignal verwendet werden. Eigentümer grösserer Gebäude mit hellen Wänden verpflichtete man dazu, für Tarnanstriche zu sorgen. Alle öffentlichen Einrichtungen sowie Betriebe waren verpflichtet, Luftschutzübun-

Abb. 12
Marlis Buck führte von 1943 bis 1949 Tagebuchnotizen für ihren Bruder Karl.

gen durchzuführen und Luftschutzräume paratzuhalten. Diese waren nicht überall ausreichend vorhanden, wie zum Beispiel in der Scheffelschule (heute Scheffel-Gymnasium).[41]

Die Luftschutzmassnahmen der Sparkasse umfassten nicht nur die Verdunkelung und Bereitstellung des Luftschutzraumes. Im Juli 1943 wies der Badische Sparkassen- und Giroverband an: *Es ist dringend notwendig, möglichst reichliche Barbestände zu unterhalten* und erinnerte daran, dass *alle wichtigen schriftlichen Unterlagen, insbesondere die Bilanzakten und die Kontoverzeichnisse täglich in den Tresor zu verbringen sind.*[42]

Am 4. Januar 1945 – das Wetter war schön und es lag ein wenig Schnee – warfen fünf Jagdbomber zehn Bomben ab. Zehn Minuten später setzten die französischen Besatzungen der Jagdbomber ihre Bordwaffen ein. Betroffen waren die Umgebung des Bahnhofs, die Waldshuter Strasse, der Rhein bei der evangelischen Kirche und die Hauensteinstrasse.[43] Infolge des Angriffs war ein Mann gestorben, Schwerverletzte gab es keine, dafür aber beschädigte Gebäude. Total zerstört wurde nur das Haus des Malermeisters Greiner an der Waldshuter Strasse. Am gleichen Tag notierte die an der Hauensteinstrasse wohnende Marlis Buck: *Es waren ganz furchtbare Minuten – wir haben aber ganz fest gebetet! Oben im Durchgang und im Hof hat es ganz fest gerumpelt. Das Wasser hatte fast keinen Druck, da haben sie sicher eine Leitung getroffen, dachte ich. Gleich habe ich Töpfe mit Wasser gefüllt und auch die Badewanne, damit wenn gar kein Wasser mehr läuft, wir doch noch welches haben. Dann kamen die Flieger wieder, ich rannte in den Keller und wieder ging es los.*

Nach dem einzigen Angriff auf Säckingen versuchten die Behörden den Luftschutz zu optimieren. Noch im gleichen Monat wurden die Landkreise Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut zu «frontnahem Gebiet» erklärt.[44] Kurz darauf liess man die Turmbeobachtungsstelle des Luftschutzes von der Scheffelschule (nicht mehr bestehende Villa Bally auf dem Areal des Scheffel-Gymnasiums) in den Diebsturm verlegen. Die Begründung lautete: *Der Turmbeobachter auf dem Turm der Scheffelschule liegt nach den neuesten Erfahrungen [Luftangriff im Januar] denkbar ungünstig. Besonders abträglich ist die unmittelbare Nähe des Bahnhofs und der Industriewerke Seiba und Vita. Ausserdem ist der Turm der Scheffelschule nicht splittersicher. Die Lage des Diebsturmes ist wesentlich günstiger. Derselbe bietet weitere Sichtverhältnisse und Abhörmöglichkeiten insbesondere gegenüber der Schweiz.*[45]

Der Unterricht in allen Säckinger Schulen wurde erst am 17. Januar wieder aufgenommen, allerdings im beschränkten Umfang. Man befürchtete weitere Angriffe, es mangelte an Lehrern und Räumen, zudem war es in den Klassenzimmern kalt. Weitere Luftangriffe auf Säckingen folgten nicht mehr. Hier zeigte die Gnade der Schweizer Nachbarschaft ihre Wirkung.

Das Ende

Die schriftlichen Aufzeichnungen über Säckingen in den letzten Kriegstagen ergeben ein ziemlich genaues Bild der Ereignisse jener Zeit. Diese Tatsache ist dem Tagebuch der Schweizer Grenzkompanie 254 zu verdanken, das sich im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern befindet.[46] Der erste Eintrag stammt vom 16. April, der letzte vom 22. Mai 1945. Aus der Sicht der Eidgenossen waren im April 1945 die Grenzorte am Hochrhein mit zwei zentralen Problemen konfrontiert: Zustrom von Flücht-

lingen aus Deutschland, darunter von Angehörigen der nationalsozialistischen Verbände, die ihre Identität verschleierten, um in der Schweiz unterzutauchen, sowie mit der vorgesehenen Zerstörung der Grenzübergänge. Darauf machte bereits am 31. März der Oberbefehlshaber der Schweizer Armee, General Henri Guisan, aufmerksam. Am 18. April konnte der Offiziersposten in Stein beobachten, wie die deutschen Soldaten die Sprengung der historischen Rheinbrücke vorbereiteten. Sie legten Zündleitungen von der Brücke in die Stadt. Ein Vermerk im Tagebuch (19. April) der Grenzkompanie bestätigte die Vermutung, dass in den nächsten Tagen *mit grösseren Übertritten von Fremdarbeitern in die Schweiz zu rechnen ist.*

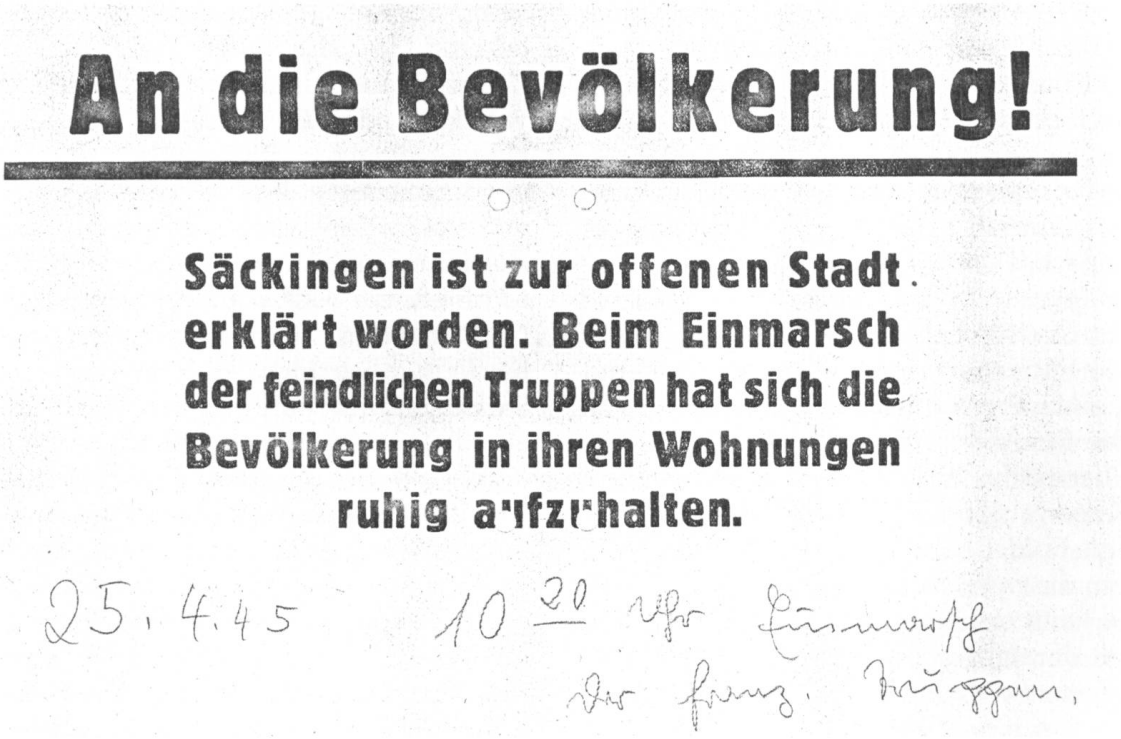
Die Gefahr, dass die Brücken auf Befehl aus Berlin gesprengt werden könnten, führte überraschenderweise zu einer deutsch-schweizerischen Annäherung vor Ort. Eine Tagebuchnotiz vom 20. April bestätigte Kontakte zwischen dem deutschen und dem schweizerischen Grenzposten: *Der deutsche Gesprächspartner ist gegenüber früher bedeutend offenherziger geworden.* Doch die Spannung erreichte einen weiteren Höhepunkt, denn der Bundesrat hatte die Schliessung der Nordgrenze angeordnet, um die Überflutung des Landes mit Flüchtlingen zu verhindern. Für Flüchtlinge in Not – gemeint waren damit Fremdarbeiter, die Deutschland verlassen wollten – sollte die Grenze aus *humanitären Gründen offen bleiben.* Über die Fremdarbeiter in Deutschland und ihre Verzweiflung vermerkte der Grenzposten in Stein: *Die Deutschen lassen das Völkergemisch [darunter Franzosen, Russen, Italiener, Belgier, Holländer, Griechen, Russen und Polen], dessen Arbeitskräfte sie nicht mehr benötigen, ruhig übertreten.* So konnte am 21. April eine 104 Personen zählende Gruppe von Flüchtlingen Stein erreichen, alles ehemalige Fremdarbeiter aus Deutschland.

An den darauf folgenden drei Tagen vermerkte der Schweizer Grenzposten im Tagebuch: *Der Sonntag verläuft relativ ruhig, abgesehen von einem Angriff alliierter Flugzeuge auf Dogern* (22. April). *Der Kontakt mit den deutschen Hilfsgrenzangestellten wird immer besser. Die Leute erkundigen sich da und dort, unter welchen Bedingungen ein Übertritt in die Schweiz erfolgen könnte* (23. April). Ebenso am 23. April vermerkte Marlis Buck: *Wie aufregend und zermürbend ist die Zeit doch. Die einen sagen, Säckingen wird kampflos übergeben, die anderen sagen, die Stadt wird verteidigt, da werden wir kaum mit dem Leben davonkommen. Wie furchtbar wird es dann sein für die Soldaten, die in der Gefangenschaft sind [wie Karl, Marlis' Bruder], wenn sie nach Hause kommen und niemand mehr finden.* Am nächsten Tag notierte die Grenzwache in Stein: *Bereits sind die Franzosen in Lörrach gemeldet. Die Spannungen bei Truppe und Zivilbevölkerung steigen auf den Höhepunkt. Versammlungen der Einwohner von Säckingen, Murg, Kleinlaufenburg [Laufenburg/Baden] und Waldshut beschliessen, die Ortschaften kampflos den Franzosen zu übergeben. Der Auflösungsprozess macht Fortschritte, belastendes Material fliegt in den Rhein.* Am Samstagnachmittag (21. April) schafften Angehörige der Säckinger Hitlerjugend ganze Stösse solcher kompromittierenden Akten zur Rheinböschung und verbrannten sie dort. Über die Vernichtung der Beweise nationalsozialistischer Untaten in den badischen Grenzorten berichtete bereits am 23. April die Basler «National-Zeitung»: *In den verschiedenen Bürgermeisterämtern ist man dazu übergegangen, belastendes Material sofort zu vernichten. So sind in Badisch Rheinfelden bereits grössere Aktenbündel und*

Dossiers dem Feuer übergeben worden. Eine Sammelmeldung des Schweizer Militärs vom 24. April berichtete: *Deutsche Ortspolizisten werfen den ganzen Tag unterhalb der Säckinger Rheinbrücke ständig Asche in den Rhein.*

Detaillierte Beschreibungen jener dramatischen Tage hinterliessen Heinrich Ehlers, Stadtkommandant Theodor Benecke und Marlis Buck.[47] Benecke (Jg. 1911) stammte aus Lüneburg und war ein in der Industrie tätiger Physiker. Er leitete die 1943 von Berlin nach Säckingen umgesiedelte Firma Elementa GmbH. Im Februar 1945 wurde er zum Kommandanten des hiesigen Volkssturmes ernannt. Benecke handelte eigenständig, indem er mit dem Schweizer Major Fischer vereinbarte, in der Nacht vom 24. zum 25. April einer Gruppe von Fremdarbeitern die Flucht aus Säckingen zu ermöglichen. Bangen um ihr Leben mussten die 96 Polen, die in jenen Tagen in Säckingen abgeholt und im Kieswerk von Warmbach hingerichtet werden sollten. Ihre Rettung verdankten sie Erna Döbele. Die Mitarbeiterin des Luftschutzes überredete den Kreisleiter der NSDAP, den Hinrichtungsbefehl fallen zu lassen.

Auf Anordnung von Benecke wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. April die Sprengung der Holzbrücke verhindert, und die SS-Offiziere konnten nichts mehr dagegen ausrichten. Die Sprengladung liess man entfernen. Einem Feuerwerker des Volkssturmes befahl Benecke, die Zündanlage zur Sprengung der Holzbrücke untauglich zu machen. *Ich hatte den Eindruck, ich konnte ihm keine grössere Freude bereiten*, erinnerte sich der Stadtkommandant. Noch in der gleichen Nacht sprachen sich Benecke und seine Mitstreiter für die kampflose Übergabe der Stadt an die Franzosen aus, ein



An die Bevölkerung!

Säckingen ist zur offenen Stadt erklärt worden. Beim Einmarsch der feindlichen Truppen hat sich die Bevölkerung in ihren Wohnungen ruhig aufzuhalten.

25. 4. 45 10 20 Uhr Einmarsch der franz. Truppen.

Abb. 13
Aufruf, erlassen am 25. April 1945.

Ansinnen, das auch Bürgermeister Kuner unterstützte. Am 25. April um 10 Uhr stellten sich Benecke, Ehlers und Hasselkuss mit einer weissen Fahne auf die Strasse zwischen Wallbach und Säckingen, um den anrückenden Franzosen die friedlichen Absichten zu signalisieren. Über diese Ereignisse veröffentlichte Ehlers ein Jahr nach dem Kriegsende einen Bericht: *Es war ein frischer, leicht verregneter Aprilmorgen. Lange Zeit zum Nachdenken blieb uns nicht, denn schon tauchten auf der Strasse von Wallbach her die ersten Panzerspähwagen auf. Wir stellten uns quer über die Strasse und winkten mit unserer Fahne, wurden aber von den Spitzenwagen beinahe über den Haufen gefahren. Erst der zweite Wagen hielt und hinter ihm die ganze Kolonne. Wir riefen den Insassen zu, dass Säckingen keinerlei Widerstand leisten würde. Dr. Benecke und ich erhielten den Auftrag, den befehligenden Offizier zum Rathaus zu bringen.*[48] Um 10.20 Uhr marschierten die französischen Truppen in Säckingen ein. Die Säckinger befolgten die Aufforderung von Dr. Theodor Benecke, Dr. Heinrich Ehlers, Eugen Hasselkuss und Bürgermeister August Kuner: *An die Bevölkerung! Säckingen ist zur offenen Stadt geworden. Beim Einmarsch der feindlichen Truppen hat sich die Bevölkerung in ihren Wohnungen ruhig zu verhalten.* Nach der Übernahme der Stadt durch die Franzosen erfolgten die Entfernung von Panzersperren und die Abgabe von Waffen.

Die Besatzer nutzten üblicherweise ihre Übermacht, es kam zu Übergriffen und Vergewaltigungen. Aber der eine oder andere Soldat hatte Mitleid mit den Besiegten, die unter Beschlagnahmungen litten. So kann sich noch heute Günter Klöpfer gut daran erinnern, dass er als Kind von einem Soldaten marokkanischer Herkunft mit Schokolade beschenkt wurde. Trotz der unausweichlichen Feindlichkeit bemühten sich die Besatzer, eine bescheidene Normalität herzustellen, bevor am 15. September 1946 die ersten demokratischen Kommunalwahlen im französischen Besatzungsgebiet stattfinden konnten. Bereits am 1. Mai 1945 bestellte die hiesige Besatzungsverwaltung (Gouvernement Militaire de Säckingen) Rechtsanwalt Anton Wernet zum Bürgermeister, Bankdirektor Krastel zu seinem Stellvertreter sowie Hotelbesitzer Krott, Konditor Häfner, Spediteur Zimmermann und Bäckermeister Karle zu Ratsherren.[49]

Der letzte nationalsozialistische Bürgermeister, August Kuner, beging am 2. Mai 1945 im Säckinger Gefängnis (heute Haus der Jugend) Selbstmord durch Gifteinnahme. Er hinterliess seine Ehefrau und vier Kinder. Kuner (Jg. 1896) stammte aus Schonach im Schwarzwald. Am 1. April 1938 übernahm er das Amt des Säckinger Bürgermeisters. Vorher war er Mitinhaber und Geschäftsführer der Uhrenfabrik Gebrüder Kuner GmbH in Schonach und von 1936 bis 1938 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Der NSDAP trat Kuner am 1. September 1930 bei und fungierte von 1942 bis 1945 als Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik. Er war seit 1931 SA-Mitglied. Obwohl ein Repräsentant des NS-Regimes, handelte und argumentierte Kuner sachlich und nüchtern, kaum ideologisch. Für seine persönliche Situation ist die Bezeichnung «tragisch verstrickt» zutreffend. Er war aus anderem Holz geschnitzt als sein Vorgänger Uttenthaler. Einerseits begeisterte sich Kuner, wie die meisten Deutschen, für die nationalsozialistischen Ideen in der frühen Phase der NS-Bewegung, andererseits lehnte er die brutale Vorgehensweise der Partei und ihrer Organisationen ab, die nach der

Abb. 14
August Kuner
(Jg. 1896), von 1938 bis
1945 Bürgermeister
der Stadt Säckingen.

Machtübernahme den Alltag bestimmten. Heinrich Ehlers, einer der Männer, die Säckingen an die Franzosen übergeben hatten, äusserte sich über Kuner: *Er gehörte zu jenen Anhängern der Partei, die versucht hatten, sich bis zum Schluss wenigstens noch irgendeinen Glauben zu bewahren.* Als im April 1945 der Einmarsch der Franzosen bevorstand, agierte der Bürgermeister für eine kampflose Übergabe der Stadt. Laut der Entscheidung der Freiburger Abteilung des Badischen Staatskommissariats für politische Säuberung vom 15. Juli 1949 wurde Kuner *in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht.*[50]

Dieser Entscheidung lagen Stellungnahmen mehrerer Säckinger Bürger zugrunde:[51] *An der Säuberung der Stadt von bedenklichen Elementen, die unter Umständen noch törichten Widerstand hätten leisten können, hat sich der Bürgermeister Kuner in der Nacht vom 24. auf den 25. April [1945] in hervorragender Weise beteiligt*, bescheinigte der vorher erwähnte Ehlers. Ähnliches erklärte eidesstattlich der Stadtkommandant Theodor Benecke. Münsterpfarrer Hugo Herrmann betonte Kuners *Gerechtigkeit gegenüber solchen, die nicht Nationalsozialisten waren.* Werner Mangold brachte vor: *Als ich anlässlich des 20. Juli 44 [Attentat auf Hitler] von der Gestapo verhaftet wurde, soll sich, wie ich nachträglich hörte, Herr Kuner für meine alsbaldige Freilassung eingesetzt haben.* Der Säckinger Sozialdemokrat Otto Hässle schrieb im September 1948 an die Spruchkammer Freiburg: Kuner *hat eine weitsichtige Gemeindepolitik getrieben, die nur allzu oft mit den Parteiinstanzen in Differenzen geriet, und als im Verfolg des Attentats gegen Hitler politische Verhaftungen in Säckingen von der SS ausgeführt wurden, hat er es durch seinen Einspruch fertiggebracht, dass wenigstens ein Teil wieder aufgehoben wurde und für die anderen ein gutes Wort eingelegt, sodass auch diese wieder zur Entlassung kamen.*

Am 1. Mai nahmen die Franzosen den Bürgermeister wie auch Benecke, Ehlers und Hasselkuss vorläufig in Gewahrsam. Kuner versuchte gar nicht, der Verhaftung zu entkommen. Zu den Umständen äusserte sich Benecke im Brief an die Freiburger Spruchkammer: *Der damalige französische Kommandant erklärte ihm [Kuner] ausdrücklich, dass ihm persönlich und seiner Familie nichts geschehen würde; man habe vor seiner Haltung, insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass er bei seiner Stadt geblieben sei, volle Achtung. Wenn er es wünsche, würde man sogar eine Wache an sein Haus stellen, damit seiner Familie nichts geschehe. Jedenfalls muss ich leider sagen, dass bei dieser Gelegenheit der Franzose sich gegenüber Bürgermeister Kuner wesentlich anständiger benommen hat als späterhin konjunkturtüchtige deutsche*

Elemente gegenüber seiner Familie und seinem Andenken.
Mit dem Kriegsende ist für Kuner die Welt zusammengebrochen, zumal er zu diesem Zeitpunkt unter einer psychosomatisch ausgelösten Herzkrankheit leiden musste. Auch die Folgen des noch in der Vorkriegszeit geplatzten Blinddarms erschwerten ihm das Leben. Nach der Verhaftung nahm er eine Zyankalikapsel ein. Die Beerdigung durch den Münsterpfarrer Herrmann durfte auf Anordnung der Besatzungsmacht abends, nach der Sperrstunde, stattfinden. Bürgermeister Anton Wernet, ein Gegner der Nationalsozialisten, hielt am offenen Grab eine Dankrede.

Am 8. Mai 1945, am Tag der deutschen Kapitulation, gab der Kommandant der Schweizer Grenzkompanie 254 folgenden Tagesbefehl: *Wir Schweizer sind von einem Elend und einer Zerstörung, für welche es keine Worte gibt, verschont geblieben. Wir haben allen Grund zu danken und uns vor allen Opfern dieses schrecklichsten aller Kriege in Ehrfurcht zu beugen. Daher wollen wir den geschichtlichen Tag, der den Anbruch einer neuen, allerdings noch harten und schweren Zeit verheisst, in ruhiger Würde und stillem Gedenken begehen.*
Während des Krieges starben insgesamt 55 Millionen Menschen, darunter waren mehr Zivilisten als Soldaten. Gefallene und Vermisste (in Klammern) hatten zu beklagen: Säckingen 227 (13), Harpolingen 21 (1), Rippolingen 6 (3), Wallbach 31 (9).[52]

Abbildungsnachweise

Abb. 1–4, 6–10, 13–14: Stadtarchiv Bad Säckingen.

Abb. 5: Thomas Stratz, Bad Säckingen.

Abb. 11: Gemeinde Stein.

Abb. 12: Thomas Buck, Bad Säckingen.

Abkürzungen

Alemanne	Der Alemanne. Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv Bern
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
HRVB	Hochrheinisches Volksblatt
MBTB	Marlis Buck: Tagebuchblätter 12. September 1944 – 31. Juli 1949 (Maschinenschrift)
StAF	Staatsarchiv Freiburg
StAS	Stadtarchiv Bad Säckingen
TGB, GK 254	Tagebuch der Grenzkompanie 254, 16. April – 22. Mai 1945, BAR 5790, Nr. 1792
VJZS	Vom Jura zum Schwarzwald

Anmerkungen

[1] TGB, GK 254.

[2] Wolfgang Hoffmann: Oskar Hüssy. Baden-Württembergische Biographien, Bd. III, 2002, S. 172 ff.

[3] HRVB, 14. Februar 1933.

[4] StAS, IV,2/14.

[5] StAS, C.VIII.1, 31. März 1933.

[6] Alemanne, 22./23. April 1933.

[7] StAS, IV,2/14.

[8] StAS, IV,2/7.

[9] StAF, B733/1, Nr. 6890.

[10] Reichsgesetzblatt, 30. Januar 1935.

[11] HRVB, 13. März 1933.

[12] HRVB, 12. März 1934.

[13] HRVB, 12. März 1934.

[14] StAS, VI,1/8.

[15] HRVB, 1. März 1935.

[16] StAS, Vi,1/8.

[17] Pfarrarchiv St. Fridolinsmünster, XV.

[18] StAS, VI,1/8.

[19] Adelheid Enderle-Jehle: Das Schicksal des Verlegers Hermann Stratz. VJZS 1989, S. 31–34; Gregor Benz: Die Rolle der katholischen Presse im Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Bonn 2002 (Typoskript).

[20] HRVB, 29. April 1933.

[21] StAS, V,3/44.

[22] HRVB, 21. August 1933.

[23] HRVB, 14. November 1933.

[24] StAS, V,3/10. Heft II.

[25] StAS, XIX/30.

[26] StAS, IV,1/4.

[27] Albin Müller: 50 Jahre Fricktalisch-Badische Vereinigung für Heimatkunde 1925–1975. VJZS 1975, S. 42.

[28] Nachlass Dr. Fridolin Jehle.

[29] StAS, IX/47.

[30] DDS, Bd.13, Bern 1991, S. 312.

[31] National-Zeitung Basel, 28. August 1939.

[32] BAR, E-27/12848.

[33] StAS, IV,3/94, Heft II.

[34] StAS, C.VIII.1, 10. Oktober 1939.

[35] StAS, IX/53.

[36] Peter Ch. Müller: Die Säckinger Industrie im Zweiten Weltkrieg. VJZS, 1995, S. 133–138.

[37] BAR, E-4264,1985/196, Bd. 2012, Nr. 23667.

[38] StAS, IX/45.

[39] MBTB.

[40] StAS, IX/37.

[41] StAS, IX/39.

[42] StAS, V,1/5.

[43] StAS, IX/27.

[44] StAS, IX/34.

[45] StAS, IX/38.

[46] TGB, GK 254.

[47] Heinrich Ehlers: Vor einem Jahre. Badische Zeitung, 24. April 1946; Theodor Benecke: Einmarsch der Franzosen in Säckingen am 25. April 1945. Bonn 1988 (Typoskript); MBTB.

[48] Badische Zeitung, 24. April 1946.

[49] StAS, C.VIII.1, 1. Mai 1945.

[50] StAF, B733/1, Nr. 6894.

[51] StAS, Nachlass August Kuner.

[52] StAS, IX/31.